Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-A. / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Redaktion: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4–6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang | Sonnabend, den 25. September 1926 | Nummer 213

Die Zersetzung der SPD

Ein geheimes Rundschreiben

Wen werden die Arbeiter wählen?

Der Zerfall der SPD, das Abwandern der Funktionäre [illegible] unterbrochen an. Die schwankende, unklare und im [illegible] verräterische Haltung der „linken" Führer hat eine [illegible] Klarstellung im Lager der SPD nicht gebracht und [illegible] solche nicht bringen. Diese „linken" Helden müssen, [illegible] der ASPS und den Kommunisten stehend, zerrieben werden.

Die ständig stärkere Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Lage zwingt die SPD zur Entscheidung, auch in Sachsen. [illegible] Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, oder mit dieser [illegible] die Arbeiter. Die sächsische Arbeiterschaft will den Kampf, [illegible] „linken" weichen diesem Kampf aus, sie versuchen, zwischen [illegible] Stimmung der sächsischen Arbeiter und der praktischen [illegible] zur Unterstützung der Kapitalisten zu [illegible]. Diese unehrliche, grundsatzlose Haltung muß zur [illegible] und Zerstörung der SPD führen. So wie in Sachsen [illegible] zur Abstoßung der rechten Renegaten schneller erfolgt [illegible] im Reich, so wird auch der Zersetzungsprozeß in immer [illegible] Maße vor sich gehen. Die Arbeiter werden die [illegible] der „linken" Führer bald ganz klar erkennen.

[illegible] geht eine starke Abwanderung der kleinbürgerlichen Elemente aus der SPD vor sich. Ein Zeichen [illegible] wie stark die Zersetzung im Lager der SPD ist, gibt [illegible] Rundschreiben des Chemnitzer Bezirks, das der „Volksstaat", das Organ der ASPS, abdruckt. In diesem Rundschreiben heißt es:

„Es muß aber auch gesagt werden, daß die ASPS immer [illegible] Vertrauensleute in unseren Reihen zurückgelassen hat. [illegible] die Beweise dafür, daß die ASPS über viele vertrauliche Vorgänge dauernd unterrichtet wird.

[illegible] Vorsicht bei der Uebertragung von Vertrauensämtern. Stellt euch vor, welchen Schaden es mit sich bringt, [illegible] taktische Schachzug unserer Partei bei den Wahlen [illegible] und insbesondere bei der Regierungsbildung sofort dem [illegible] bekannt wird.

Ein besonderer Fall verdient Erwähnung. In Chemnitz [illegible] es dem früheren Zentralvorstandsmitglied Rein [illegible], den größten Teil des Vorstandes auf die Seite der [illegible] zu bringen, jedoch bis zum letzten Augenblick die Mitglieder in der Täuschung zu halten, als ob sie zur SPD [illegible]. Erst als die Mitgliedschaft, stutzig gemacht durch die [illegible] dieser Leute für den „Volksstaat", den Leuten ein [illegible] erteilte und einen neuen Vorstand einsetzte, [illegible] die Maske ab und erklärten nach in derselben Versammlung [illegible] Uebertritt zur ASPS, der im stillen längst [illegible]."

Dieses Rundschreiben ist auch noch nach der Seite interessant, weil es die Absichten der SPD bei der Regierungsbildung enthüllt. Es zeigt voraus, daß die „Linken" nicht mit aller Kraft auf die Bildung einer Minderheitsregierung hinarbeiten, sondern daß sie mal vorieren wollen, um von den Kommunisten loszukommen. Dieses Rundschreiben enthüllt die unehrlichen Absichten beim Wahlkampfe.

Weiter wird in diesem Rundschreiben darauf hingewiesen, daß man besonders bei der Auswahl der Kandidaten vorsichtig sein solle, insbesondere zu den Gemeindewahlen.

Dieses Rundschreiben zeigt, daß die SPD-Arbeiter nicht die geringste Gewähr haben, daß die von ihnen gewählten Vertreter nicht kurze Zeit nachher zur ASPS übergehen und eine Einheitsfront mit den Bürgerlichen gegen die Arbeiter bilden. Die Wahl dieser sozialdemokratischen Kandidaten bringt also die ständige Gefahr mit sich, daß eine Wiederholung der Koalitionspolitik unter gleichen Erscheinungen, wie wir sie jetzt erlebt haben, in den Gemeinden und auch im Lande vor sich gehen wird.

Die SPD-Arbeiter müssen wirklich die Augen aufsperren. Aber wo ist die Sicherung, stehen doch die gesamten „Linken" grundsätzlich zu der Koalitionspolitik.

Die Arbeiter werden sich gegen den Verrat nur zu schützen vermögen durch die Wahl der Kommunisten. Aber auch an anderer Stelle und an anderen Erscheinungen zeigt sich der Zersetzungsprozeß in der SPD. Der in Chemnitz aufgestellte Kandidat Fellisch ist, wie jetzt gemeldet wird, von der Liste zurückgetreten und hat auf die weitere Kandidatur verzichtet. Gleichzeitig kommt aus Pirna folgende Mitteilung:

Der zweite Vorsitzer des Stadtverordnetenkollegiums, Lehrer Hörold, hat seinen Austritt aus der SPD mitgeteilt. Mit ihm haben sich noch mehrere seiner Gesinnungsfreunde solidarisch erklärt und gleichfalls ihren Austritt aus der SPD vollzogen.

Diese Zersetzung in der SPD wird in der nächsten Zeit sicherlich noch zunehmen. Dadurch werden aber die Arzt und Weckel immer mehr zu einer klaren Stellungnahme gedrängt. Sie werden zuerst den Zerfall durch ein radikales Gedröhn aufzuhalten versuchen. Für den Kundigen aber steht heute schon fest, die Arzt und Genossen werden auf dem Boden der Koalition mit dem Bürgertum landen.

Für die Arbeiterschaft steht deswegen immer dringender die Frage der Entscheidung. Sie müssen erkennen, die einzige Partei, welche die Interessen der Arbeiter vertritt, ist die KPD. Sie muß zur Massenpartei des Proletariats werden. In ihr müssen sich die Arbeiter sammeln.

Komplott gegen das Streikrecht

SPD-Führer im Bunde mit der Klassenjustiz.

Als eine der Auswirkungen des Leipart-Silverberg-Paktes wird jetzt ein infames Komplott gegen das Streikrecht sichtbar. Unternehmer, Klassenjustiz, Marx-Regierung, SPD- und Gewerkschaftsführer arbeiten zusammen, um die freien Gewerkschaften für Streikschäden haftpflichtig zu machen, was gleichbedeutend ist mit dem Raub des Streikrechts.

Die sozialdemokratische Presse hat eine Stimmungsmache begonnen für die Anerkennung der Haftpflicht der freien Gewerkschaften für Streikschäden und für eine dementsprechende Umwandlung der freien Gewerkschaften in „rechtsfähige Berufsvereine".

Was bedeutet das? Die freien Gewerkschaften sind bis heute keine rechtsfähigen Vereine, d. h. sie sind keine „juristischen Personen". Denn nach den Gesetzen des kapitalistischen Deutschland haften rechtsfähige Vereine als juristische Personen mit ihrem Vereinsvermögen für alle Schadenersatzansprüche, die an sie gestellt werden, und die von der deutschen Justiz als berechtigt erklärt werden. Wären die freien Gewerkschaften juristische Personen, brauchte nur ein Klassengericht irgendwelche Schadensansprüche für berechtigt erklären, und das gesamte Vermögen, der gesamte Kassenbestand der Organisation könnte geraubt werden. Eben um dem dauernden Raub der Gewerkschaftskassen vorzubeugen, wurde bisher vermieden, die freien Gewerkschaften als rechtsfähige Vereine, juristische Personen eintragen zu lassen. Heute haftet nicht die Gewerkschaft für Schadenersatzansprüche, sondern, wenn solche gestellt werden, können sie nur an die einzelnen Mitglieder der Gewerkschaft gestellt werden. Mit diesem Recht konnten die Unternehmer bisher nichts anfangen. Wenn das Gewerkschaftsvermögen nicht gefaßt werden kann, so kann auch kein Kampf dadurch geschädigt werden, daß ein Unternehmer etwa gegen die einzelnen Arbeiter Schadenersatzklage erhebt. Erstens würden sich solche Verfahren endlos hinschleppen und zweitens ist bei einzelnen Arbeitern sowieso nicht viel zu holen. Auch da, wo die Unternehmer einzelne Führer der Gewerkschaften herausgriffen und ein obsiegendes Urteil erzielten, haben sie wenig ausgerichtet.

Dies war den Unternehmern auch bewußt, und darum haben sie immer wieder eine Verschärfung der Gesetzgebung gegen die freien Gewerkschaften gefordert. Bisher und auch im wilhelminischen Deutschland konnte die Arbeiterschaft aber derartige Vorstöße immer wieder zurückweisen.

Es ist notwendig, diesen Punkt besonders zu betonen, weil heute die ADGB- und SPD-Führer unter Berufung auf die Vorstöße der Klassenjustiz für die Haftbarmachung der Gewerkschaften eintreten.

Daß die Klassenjustiz gegen die elementarsten Rechte der Arbeiterschaft Sturm läuft, ist nichts Neues. So haben auch in der herrlichen Hindenburg-Republik die Angriffe der Klassenjustiz nie nachgelassen. Entgegen dem klaren Wortlaut der formell bestehenden Gesetze haben Klassenrichter schon konstruiert, daß die freien Gewerkschaften auch mit dem Vereinsvermögen für Schäden aus sogenannten „unzulässigen Kampfhandlungen" haften. Gegen derartige Vorstöße hilft nur die geschlossene Abwehr der Arbeiterschaft. Wie genau die Klassenrichter wissen, daß sie nach den geschriebenen Gesetzen kein Recht haben, die Gewerkschaften mit dem Vereinsvermögen haftbar zu machen, zeigt die Tatsache, daß sie auf dem Kölner Juristentag erst die Schaffung eines Gesetzes verlangten, das die Gewerkschaften mit ihrem Vermögen haftbar machen soll.

Diese unverschämte Forderung der reaktionären Juristengesellschaft wäre nicht so bedrohlich, wenn sie nicht von sozialdemokratischen Führern und der SPD-Presse unterstützt würde. Der sozialdemokratische Jurist Sinzheimer brachte es noch auf dem Kölner Juristentag fertig, **anzuerkennen, daß die Gewerkschaften für Schadenersatzansprüche aus „unzulässigen Kampfhandlungen" mit ihrem Vereinsvermögen und dem Vermögen ihrer Mitglieder haften.** Er empfahl daher, die Gewerkschaften, ungeachtet dessen, daß sie nicht juristische Personen seien, ebenso zu behandeln wie die Vereine, die juristische Personen sind. Diese unerhörte Forderung begründete er heuchlerisch damit, verhindern zu wollen, daß auch die einzelnen Mitglieder haftpflichtig gemacht werden können. Dafür will er aber, daß den Gewerkschaften jederzeit die Streikkassen geraubt werden können.

Der „Vorwärts" bringt diese Ausführungen Sinzheimers zustimmend. Auch er redet den Arbeitern ein, daß es besser sei, die Haftpflicht der Gewerkschaften anzuer-

Von Westarp bis Severing

Große Koalition in Preußen?

Berlin, 25. Sept. (Eig. Drahtbericht.) **Der Reichsdienst der deutschen Presse teilt mit, daß die Deutsche Volkspartei an die preußische Zentrumsfraktion herangetreten sei. [illegible] Aussprache über die Möglichkeit einer Regierungserweiterung, d. h. der Wiederherstellung der Großen Koalition in Preußen. Die Volkspartei wünscht eine Klärung der Frage noch vor ihrem Kölner Parteitag.**

Wie die „Politische Zeitung" dazu meldet, findet am Montag eine Aussprache zwischen Vertretern der Deutschen Volkspartei (Abg. Leidig) und des Zentrums (Abg. Heß) statt, die den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die preußische Regierungskoalition zum Gegenstand haben soll. Von dem Ergebnis dieser ersten Aussprache wird es abhängen, inwieweit sich die anderen Regierungsparteien, Demokraten und Sozialdemokraten, sich an den Verhandlungen beteiligen werden.

Severing geht auf Urlaub

Berlin, 25. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Eine Berliner Korrespondenz teilt mit, daß der Gesundheitszustand Severings derart sei, daß er einen vielmonatigen Erholungsurlaub notwendig habe. Während dieser Zeit müsse eine mindestens vorübergehende Neubesetzung des preußischen Innenministeriums erfolgen. Als aussichtsreicher Kandidat wird der Regierungspräsident von Lüneburg, Krüger, genannt, der bei seiner früheren Beschäftigung im preußischen Innenministerium bewiesen hätte, daß er ein tüchtiger Verwaltungsbeamter sei, worunter zu verstehen ist, daß er das Noskeformat Severings hat.

Dieser erneute Severing-Urlaub soll die Bahn für die Umbildung der Regierung in Preußen freimachen. Mit den [illegible] finden schon entsprechende Verhandlungen statt.

Die Kommunisten fordern den Zusammentritt des Reichstages

Berlin. Die Fraktion der Kommunistischen Partei hat in einem Schreiben an das Präsidium des Reichstages die sofortige Einberufung des Reichstages zwecks Besprechung der Lohnfrage [illegible], der Not der Erwerbslosen und der [illegible] Ereignisse in Genf verlangt. Ebenso hat die kommunistische Reichstagsfraktion die sofortige Einberufung des [illegible] Ausschusses verlangt.

Sie bekennen sich schuldig

Breslau. **Die Stadtverordnetenversammlung in Breslau beschloß, die bei der bekannten Polizeiattacke auf die Erwerbslosen erschossene Frau auf Stadtkosten zu bestatten. Für Notstandsarbeiten wurden 800 000 Mark bewilligt und der Magistrat beauftragt, bei der Reichsregierung die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung und die gesetzliche Anerkennung von Erwerbslosenausschüssen anzuregen.**

Mit diesem Beschluß, den die Stadtverordneten unter dem Drucke der empörten Massen faßten, mußten sie gleichzeitig anerkennen, daß die Schuld an den Vorgängen in dem provokatorischen Vorgehen der Polizei zu suchen ist.

Der Preis für das „Bündnis" mit Frankreich

Berlin, 25. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Die „RDZ." berichtet aus London, daß Stresemann in seiner Unterredung mit Briand für die vorzeitige Räumung der Rheinlande die Zahlung von 8 Milliarden Goldmark versprochen habe, die in 4 Jahresraten zu je 2 Milliarden gezahlt und durch Mobilisierung der Eisenbahn- und Industrie-Dawesobligationen aufgebracht werden sollen.

Die Unterredung Stresemann mit Briands wird also nichts anderes mit sich bringen als eine neue schwere Belastung der Arbeiter.

Die Klassenjustiz tobt weiter

Leipzig, 25. Sept. (Eig. Drahtbericht.) **Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte das Reichsgericht den Dreher Duschke, München wegen Beihilfe zum Hochverrat und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz und Republikschutzgesetz zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis und 150 Mk. Geldstrafe. Das Reichsgericht hat den Antrag des Reichsanwalts auf 3 Jahre Gefängnis nicht angenommen, weil gegen Duschke absolut nichts vorlag.**

Aus den Abrüstungskommissionen in Genf

Genf, 25. Sept. (Eig. Drahtbericht.) Unter der Maske der Propaganda für die allgemeine Abrüstung machte der Vertreter der deutschen Delegation Staatssekretär Schubert Propaganda für die Rüstungsfreiheit Deutschlands. Er sagte wörtlich: „Das mindeste Ziel, das wir erstreben müssen, ist in dem heutigen Wettlauf der Rüstungen vor allem die Ungleichheit zu beseitigen, die heute herrscht, denn es wäre schon ein großer Fortschritt gegenüber dem gegenwärtigen Zustand. Niemand kann die großen Schwierigkeiten verkennen, die der Annahme der allgemeinen Abrüstung entgegenstehen."

SLUB
Wir führen Wissen.